WB-WH-01-121

Wir machen den Welthandel fair

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Karl Bär (Miesbach KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 120 bis 124:
Handelsverträgen zu verankern, und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche und soziale Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. ~~Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern wir einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten.~~Klageprivilegien für Konzerne lehnen wir konsequent ab. Stattdessen unterstützen wir die Verhandlungen für ein verbindliches Abkommen über die Pflichten internationaler Konzerne unter dem Dach der Vereinten Nationen. Wir wollen multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder stärken**.**

Begründung

Wir dürfen nicht dem Trugschluss verfallen, dass wir den multinationalen Konzernen doch irgendetwas als Alternative bieten müssen, wenn wir Investitionsschutzabkommen ablehnen. Sonderrechte für die Mächtigen sind nicht richtig, egal wo sie aufgehängt werden. Der Programmentwurf geht hier einen richtigen Schritt weiter und möchte einen internationalen Handelsgerichtshof in das bestehende System von internationalen Verträgen einbinden und so Abwägungsentscheidungen zwischen Eigentumsrechten und anderen Menschenrechten ermöglichen.

Trotzdem bleibt die Frage unbeantwortet, wozu es einen solchen Gerichtshof überhaupt braucht. Als Antwort auf die Frage, was denn unsere Alternative zu TTIP & Co. ist, sollten wir nicht in "da braucht es irgendwas auf UN-Ebene" flüchten. Besser ist es, auf Prozesse zu verweisen, die es schon gibt, wie den Prozess für ein bindendes Abkommen über die Pflichten multinationaler Konzerne und anderer Unternehmen ("binding treaty process"). Dieses Abkommen wird auch von der Zivilgesellschaft als Alternative unterstützt.

2014 beschlos der UN-Menschenrechtsrat, mit Verhandlungen für ein bindendes UN-Abkommen über die Pflichten multinationaler Konzerne und anderer Unternehmen zu beginnen. Die Bundesrepublik verweigert sich diesem Prozess bisher. Bei einer Grünen Regierungsbeteiligung muss sich das ändern.

Unterstützer*innen

Andreas Morr (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Christian Kaiser (Miesbach KV); Peter Haberzettl (Miesbach KV); Alexander Müllejans (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Hans Schmidt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Gerhard Waas (Miesbach KV); Detlev Ringer (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Dorothée Sührig (Garmisch-Partenkirchen KV); Horst Böhner (Miesbach KV); Lena Gneist (Bad Tölz-Wolfratshausen KV); Kathrin Henneberger (Köln KV); Jörg Haas (Berlin-Pankow KV); Jan Michael Bloss

(Stuttgart KV); Ernst-Christoph Stolper (Neustadt-Weinstraße KV); Sina Doughan (Miesbach KV); Korbinian Gall (Rosenheim KV); Elisabeth Janner (Miesbach KV); Eva Lettenbauer (Donau-Ries KV); Peter Steinhöfel (Starnberg KV); Matthias Ernst (Straubing-Bogen KV); Jörg Rostek (Münster KV)